

# **Freundeskreis Palast der Republik**

## **Mitglied im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden e.V**

### **Erklärung des Freundeskreises Palast der Republik zum 30. Jahrestag der Schließung des Palastes der Republik**

#### **Erinnern wir uns – Kenntnis der Vergangenheit hilft die Gegenwart besser zu verstehen!**

Die Schließung des Palastes der Republik, in dem auch die Volkskammer der DDR ihren Sitz hatte, erfolgte am 19. September 1990 wegen Asbestbelastung unter dubiosen, bis heute nicht vollständig geklärten Umständen, wenige Tage vor dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990. Grundlage war ein Volkskammerbeschluss, der allerdings auch die Einleitung von Sanierungsmaßnahmen und die Weiternutzung des Palastes verfügte.

Die damaligen Abgeordneten verließen fluchtartig ihre Wirkungsstätte und zogen bis zur Auflösung der Volkskammer am 2. Oktober in das Haus der Parlamentarier, ehemals Sitz des Zentralkomitees der SED, in Räumlichkeiten die weitaus höher mit Asbest belastet waren als die des Palastes der Republik.

Daraus resultieren Fragen, die auch heute noch auf ihre Beantwortung warten:

Wer von diesen Politikern hat damals eigentlich nach den konkreten Asbest - Messwerten in beiden Gebäuden gefragt?

Wer hat wann und wo die Messwerte erstellt und dokumentiert? Kannten die damaligen Entscheidungsträger die konkrete Sachlage?

Wo sind die diesbezügliche Unterlagen archiviert?

Der Palast der Republik wurde im April 1976 nach einer relativ kurzen Bauzeit von 1000 Tagen eröffnet. 70 Millionen Besucher waren Gäste in diesem Volkshaus mit seinen in Europa einmaligen Möglichkeiten. Hier fanden nationale und internationale Kongresse statt, hier traf sich die Bevölkerung zu den Tagen der Volkskunst und zu anderen hochrangigen Veranstaltungen.

Es war ein Ort der nachhaltig wirkende Erlebnisse und Erinnerungen bei den Besuchern bis in die Gegenwart hinterließ.

Am 18. März 1990 fanden nach dramatischen politischen Ereignissen vorgezogene Wahlen in der DDR statt. Das zentrale Wahlzentrum befand sich im Palast der Republik. Er war gleichzeitig das Zentrum für viele nationale und internationale Medien.

Der PdR - Abrissbeschluss des Gemeinsamen Ausschusses Bonn – Berlin vom 23. März 1993 löste einen Sturm des Protestes der Bevölkerung aus. War dieser Ausschuss zu einem solchen Beschluss berechtigt? Mehr als 10.000 Bürger nahmen 27.3. 1993 am Protestspaziergang um den Palast der Republik teil. Die Empörung war groß. Bürgerinitiativen bildeten sich.

Es entwickelte sich eine Protestbewegung die bis in die Gegenwart in vielfältiger Weise wirkte und wirkt. Sie wurde und wird von den Mainstream - Medien bewusst nicht wahrgenommen, von den meisten Fraktionen des Bundestages und von den Bundesregierungen nicht beachtet.

Unterstützt wurden die Proteste von Anfang durch die Fraktion Die Linke und ihre Vorgänger.

Eine Unterschriftensammlung mit ca.100.000 pro Palast Unterschriften zwang den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, der Bundesregierung die Empfehlung nach Erhalt des Palastes und seine Wiedereröffnung auszusprechen. Sie wurde von der Bundesregierung missachtet und die Palastvernichtung vorbereitet.

Dem Abrissbeschluss vorausgegangen war, von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, Beschlüsse der Berliner CDU zum Abriss des Palastes der Republik.

Im Sommer 1990 wurde der Einigungsvertrag zwischen beiden deutschen Staaten verhandelt.

Er regelte nach § 23 des Grundgesetzes nicht nur dessen Geltung mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 im Gebiet der DDR sondern bedeutete auch die Übernahme der bundesrepublikanischen Gesetzgebung.

Nach nur siebenwöchigen Gesprächen trafen sich am 31. August 1990 die Verhandlungsführer beider deutschen Staaten, der damalige Innenminister der Bundesrepublik Deutschland, Wolfgang Schäuble und der damalige Staatssekretär der DDR, Günter Krause im Kronprinzenpalais in der Hauptstadt der DDR, Berlin um ihre Unterschriften unter dieses Vertragswerk zu setzen.

Die damalige de Maiziere-Regierung sah ihr Hauptziel darin, die DDR möglichst schnell abzuschaffen.

Nach 30 Jahren ist es aus der Sicht des Freundeskreises an der Zeit, den Einigungsvertrag am Beispiel des Palastes der Republik auf seine Einhaltung zu prüfen.

Er übersieht dabei nicht, dass dies nur ein, wenn auch prominentes Beispiel der „Wiedervereinigung“ ist. Ihr Merkmal ist auch Geschichtsklitterung, -entsorgung und -verfälschung. Dagegen wenden wir uns.

Der Freundeskreis ruft verantwortungsbewusste Bürger in allen Neuen Bundesländern dazu auf, dies im 30. Jahr der sogenannten „Wiedervereinigung“ als selbstbewusste Zeitzeugen auch an anderen Beispielen zu tun. Die Zeit ist dafür reif - im Interesse der historischen Wahrheit!.

**Im Artikel 35.2 des Einigungsvertrages heißt es beispielsweise:**

**„Die kulturelle Substanz in dem im Artikel 3 genannten Gebiet darf keinen Schaden nehmen“**

**Wir meinen:**

Unbestreitbar ist, dass der Palast der Republik mit seinen in Europa einmaligen anerkannten Möglichkeiten als Haus des Volkes zur kulturellen Substanz der Deutschen Demokratischen Republik gehörte, ebenso wie viele Theater, Opernhäuser, Museen, große Bibliotheken u.a. Einrichtungen der großartigen Kulturlandschaft der DDR die abgerissen, geschlossen oder auf andere Weise trotz vieler Protesten beseitigt wurden.

An diesen Beispiel wird deutlich, dass am konkreten, aber verallgemeinerungsfähigen Beispiel des Palastes der sogenannte Einigungsvertrag zur leeren Worthülse verkommen ist.

Missachtet werden historische mit diesen Volkshaus verbundene Dimensionen:

- Die Einmaligkeit des Palastes der Republik als Haus des Volkes in Deutschland und Europa.
- Die Tatsache dass der Palast der Republik das Wahlzentrum der Wahlen am 18. März 1990 war
- Die Tatsache, dass in der Volkskammer der DDR, die ja Bestandteil des Palastes war, der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland beschlossen wurde.

Das ist eine Schande für die Herrschenden dieses Landes, das ist bewusst betriebene Geschichtsentsorgung. Der Freundeskreis hat in den „30 Thesen – zum Palast der Republik und Schlossplatz Berlin -1990 – 2020“ seinen Standpunkt auch zur Erinnerungskultur an den PdR der Öffentlichkeit, verantwortlichen Politikern und der Leitung der Humboldt-Schloss-Stiftung übergeben.

Der Freundeskreis sieht einen Schwerpunkt seines gegenwärtigen und künftigen Wirkens darin, dafür Maßstäbe zu setzen, die die einmaligen großartigen Möglichkeiten des Palastes würdigt und in der Geschichte des Ortes im künftigen Humboldtforum und anderswo entsprechend informiert.

# **Macht mit!**

## **Für den Freundeskreis**

**Berlin, September 2020**

**Rudi Denner**  
**Sprecher des Freundeskreises**  
**Tel/030/9912254**  
**Mail: [r.denner@gmx.de](mailto:r.denner@gmx.de)**

**Dieter Lämpe**  
**Pressesprecher**  
**Tel.03342/318473**

**im Internet**  
**Ostdeutsches Kuratorium e.V.**  
**[r-mediabase.eu](http://r-mediabase.eu)**  
**Suchwort: Palast der Republik**